

Fragen

für die Fragestunde der 194. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. November 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	67, 73	Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58	Huber, Johannes (AfD)	2, 46
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	13, 74
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	59, 60
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	77, 78	Jung, Christian, Dr. (FDP)	30, 31
Brandner, Stephan (AfD)	1, 47	Kamann, Uwe (fraktionslos)	61, 62
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	56, 75	Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Dahmen, Janosch, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 72
Dassler, Britta Katharina (FDP)	81	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	9, 49	Kluckert, Daniela (FDP)	5
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	63, 64	Konrad, Carina (FDP)	14
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 76
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 38	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 82
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	70, 71	Luksic, Oliver (FDP)	37
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	43, 52	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	15, 65
Herbst, Torsten (FDP)	17, 42	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	11, 12
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	3, 4	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 55

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Renner, Martina (DIE LINKE.)	53, 54	Theurer, Michael (FDP)	35
Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7	Wagner, Andreas (DIE LINKE.)	36
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	16, 48
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	40	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	23
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	14
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	16
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	24

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie begründet die Bundesregierung den Umstand, dass in dem Referentenentwurf zur „Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts“ zunächst fast ausschließlich das generische Femininum verwendet wurde (www.tagesspiegel.de/politik/koalitionszoff-um-feminines-gesetz-fuer-diesen-genderwahnsinn-fehlt-mir-jedes-verstaendnis/26267534.html), obwohl laut dem Handbuch der Rechtsförmlichkeit, welches vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz herausgegeben wurde, bei der Formulierung von Rechtsvorschriften herkömmlich das generische Maskulinum verwendet wird (http://hdr.bmj.de/page_b.1.html#an_110), und warum wurden die Bedenken des Bundesministeriums des Innern für Bau und Heimat hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des Referentenentwurfs nicht erkannt?
2. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)

Wie begründet die Bundesregierung das durch die Verwendung des generischen Femininum im Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des „Sanierungs- und Insolvenzrechts“ (www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RefE_SanInsFoG.pdf?__blob=publicationFile&v=4), welches durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat als „nicht anerkannt“ und „höchst wahrscheinlich verfassungswidrig“ bewertet (www.spiegel.de/politik/deutschland/justizministerium-schreibt-gesetzentwurf-in-weiblicher-form-glaebigerinnen-und-inhaberinnen-a-0b1c74d4-e02e-4510-8c10-706786538577) wurde, und hält die Bundesregierung derartige „Experimente“ in Gesetzesentwürfen, unter Berücksichtigung der Einschätzung des emeritierten Professors für Deutsche Sprache der Gegenwart an der Universität Potsdam, „es dürfe nicht so getan werden, als könne man die Sprache verändern, ohne sie zu kennen“ (www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/richtige-grammatik-braucht-keine-sonderzeichen-fuers-geschlecht-17015164-p2.html), für hilfreich in der Sache?
3. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Wie viele Anmeldungen auf Ausgleichszahlungen nach der Insolvenz des Thomas Cook-Konzerns sind bis zum Ende der Anmeldefrist am 15. November 2020 bei der Bundesregierung eingegangen (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/thomas-cook-geld-zurueck-1750932), und auf welche Summe belaufen sich die insgesamt angemeldeten Ausgleichszahlungen?

4. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Welche Ansprüche sieht die Bundesregierung im Fall der Thomas Cook-Insolvenz, die sie gegenüber Dritten geltend machen kann (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/20903), und wie bewertet die Bundesregierung insbesondere die Möglichkeit, Ansprüche gegen die Zurich-Versicherung durchzusetzen bzw. weitere Zahlungen zu erhalten?
5. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)

Plant die Bundesregierung verbraucherschutzrechtliche oder andere rechtliche Anpassungen aufgrund der Auswirkungen des Berliner Gesetzes zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen (MietenWoG Bln; sog. Mietendeckel-Gesetz), und wenn ja, welche?
6. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist der zu erwartende Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie (www.rnd.de/politik/whistleblower-schutzen-justizminister-in-lambrecht-kündigt-gesetzentwurf-an-IUVD4CMCB2EDG2G4UE673ETGVD4.html) unter Beteiligung der Länder erarbeitet worden, und sieht dieser eine 1:1-Umsetzung der Richtlinie vor, und wenn nein, was ist dann geplant?
7. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie plant die Bundesregierung die Umsetzung der europäischen Vorgabe aus der Whistleblower-Richtlinie, dass fortan auch Beamte das Recht haben, Meldungen über Rechtsvergehen direkt an Strafverfolgungsbehörden und in bestimmten Fällen an die Presse zu geben?
8. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann ist mit der von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht angekündigten gesetzlichen Klarstellung, dass die staatlich angeordnete coronabedingte Beschränkung zur Nutzung von Gewerberäumen regelmäßig die Störung der Geschäftsgrundlage für ein Mietverhältnis gemäß § 313 BGB darstellt, zu rechnen (vgl. „Justizministerin will Gewerbemietter in Corona-Notlage stärken“ im Handelsblatt online vom 18. November 2010)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

9. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand zur Ausgestaltung des sogenannten Härtefallfonds, der zur Anerkennung der Lebensleistung von Rentnerinnen und Rentnern aus DDR-Zeiten eingerichtet werden soll (bitte unter Berücksichtigung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und dem Runden Tisch darlegen), und welche Schritte müssen seitens der Bundesregierung noch erfolgen, damit schnellstmöglich eine Regelung in Kraft treten kann (www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/ddr-haertefallfonds-rentenpolitik-rentner-ostrente-100.html)?
10. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung aufgrund der von der GGUA Flüchtlingshilfe e. V. und Tacheles e. V. gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales kenntlich gemachten Mängel in der 2. Fassung der Arbeitshilfe der Bundesagentur für Arbeit zur „Bekämpfung von organisiertem Leistungsmissbrauch durch EU-Bürger“ (https://ggua.de/fileadmin/downloads/unionsbuergerInnen/Brief_Arbeitshilfe_BMAS.pdf) die Arbeitshilfe zurückzunehmen, oder in welcher Form wirkt die Bundesregierung einer möglichen diskriminierenden oder benachteiligenden Praxis durch die Arbeitshilfe auf bestimmte Personengruppen entgegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

11. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Kann sich die Bundeswehr auch ohne Statistiken des Einsatzführungskommandos der Bundeswehren an nennenswerte Fälle erinnern, in denen deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan zum „Eigenschutz“ durch Kampfdrohnen von Bündnispartnern unterstützt werden mussten (Bundestagsdrucksache 19/20953, Antwort auf die Schriftliche Frage 124 der Abgeordneten Katja Keul), und falls es diese nicht gab, wie bewertet die Bundesregierung das Argument des notwendigen „Eigenschutzes“ hinsichtlich der geplanten Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr?

12. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Worum handelt es sich bei dem Drohnensystem „Falke“, das die Bundeswehr nach meiner Kenntnis in größerer Stückzahl beschaffen will (bitte Hersteller, Zielbefähigung und Funktionen darstellen), und welche Gesamtkosten werden dafür veranschlagt?
13. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Von wem wurde die Drohne „Heron 1“ im Einsatz gesteuert, die Mitte November 2020 im Norden Afghanistans 20 Minuten vor der Landung in Masar-i-Scharif abgestürzt ist („Bundeswehr-Drohne im Norden Afghanistans abgestürzt“, Reuters vom 16. November 2020; bitte mitteilen, wer die Drohne gestartet, geflogen und bruchgelandet hat), und welche Annahmen zur Absturzursache gelten derzeit als wahrscheinlich bzw. werden entsprechend untersucht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

14. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Plant die Bundesregierung, die Notfallzulassungen für Neonicotinoide zur Behandlung von Zuckerrüben zuzulassen, und wenn nein, warum nicht (www.agra.de/age-kom-pakt/ansicht/news/page?tx_news_pi1%5Bnews%5D=17271&cHash=6be6b86199e471284f5c66ac53982717; www.topagrar.com/acker/news/pflanzenschutzmittelvorgaben-lockern-15-der-ruebenbauern-haben-aufgeben-12406210.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

15. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Wann genau und aus welchen konkreten Beweggründen wurde mit Blick auf das anstehende neue Förderjahr 2020 das Bundesprogramm Demokratie leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (https://berlinerwoche.de/mitte/c-soziales/ministerin-manuela-schwesig-fordert-mehr-echte-erkennung-fuer-das-ehrenamt_a72252, zuletzt abgerufen am 18. November 2020) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu „Demokratie leben!“ mit dem Zusatz „Projekte zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention“ umbenannt (<https://demokratie-leben.de>, zuletzt abgerufen am 18. November 2020)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

16. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2015 bis 2020 die Zahl der Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung dar, deren Leistungsanspruch aufgrund von Beitragsrückständen ruhte, und welche fünf gesetzlichen Krankenkassen haben aktuell den höchsten Anteil von Versicherten mit ruhemdem Leistungsanspruch?
17. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele zusätzliche Stellen wurden seit Beginn der Corona-Pandemie bis zum Stichtag 19. November 2020 in den 375 Gesundheitsämtern in Deutschland durch die Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel neu geschaffen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und wie viele zusätzliche Stellen sollen durch Bundesmittel noch geschaffen werden (www.mdr.de/sachsen/corona-gesundheitsamt-mitarbeiter-100.html)?

18. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang hat die Bundesregierung derzeit direkt oder mittelbar Vorabkaufverträge und Abnahmevereinbarungen mit forschenden Impfstoffherstellern getroffen (bitte jeweils mit Nennung des jeweiligen Herstellers, des Umfangs an Impfdosen, des finanziellen Umfangs sowie die Information, ob das Abkommen direkt, im Rahmen einer Forschungsförderung, im Rahmen der EU etc. getroffen wurde) für Deutschland, und in welchem Umfang beteiligt sich die Bundesregierung an multilateralen Initiativen, damit Impfstoffe auch Staaten mit geringem und mittlerem Einkommen frühzeitig zur Verfügung stehen (bitte mit Angabe der entsprechenden Initiativen, des jeweiligen finanziellen Umfangs sowie des Umfangs an Impfdosen)?
19. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann hat die Bundesregierung begonnen, die digitalen Werkzeuge „SORMAS“ (Surveillance Outbreak Response Management and Analysis System), das „digitale Symptomhandbuch“, das in SORMAS integriert werden soll, den KI-gestützten Telefonassistenten „CovBot“ sowie „DEMIS“ (Deutsches Elektronisches Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz) gemeinsam mit den jeweiligen Partnern zu entwickeln (bitte einzeln angeben), und haben einzelne Partner bereits vor diesem Zeitpunkt eine Bereitschaft zur gemeinsamen Weiterentwicklung der jeweiligen digitalen Werkzeuge gezeigt?
20. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Nutzerrate strebt die Bundesregierung bzgl. der Anwendung der digitalen Werkzeuge in den Gesundheitsämtern bis Ende dieses Jahres jeweils an, und welche finanziellen Mittel wird die Bundesregierung den Gesundheitsämtern für eine möglichst breite Anwendung der digitalen Werkzeuge zur Verfügung stellen?
21. Abgeordneter
**Dr. Janosch
Dahmen**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was wird die Bundesregierung konkret tun, um die Kapazitäten bei Schnelltests zügig und deutlich zu steigern, um sie bei ausreichender Verfügbarkeit auch für die Heimanwendung zu öffnen, und wie soll sichergestellt werden, dass Schnelltests insbesondere dort verfügbar gemacht werden, wo der Bedarf aufgrund des Risikoprofils unerlässlich ist?

22. Abgeordneter
Dr. Janosch Dahmen
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung angesichts der Überlastung der Gesundheitsämter die Regelung in § 6 Absatz 3 der Testverordnung (TestV) für praktikabel, nach welcher Einrichtungen, in denen Schnelltests nach der TestV zur Anwendung kommen sollen, den Gesundheitsämtern ein Testkonzept zur Prüfung vorlegen müssen, und will die Bundesregierung hier nachbessern?
23. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wer übernimmt nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten für die im Juni und Juli 2020 von Arbeitgebern im Bereich z. B. Gesundheitsversorgung und pflegerischer Versorgung veranlasste asymptomatischen Testung auf eine Infektion mit COVID-19, wenn die zu testende Person privat krankenversichert und beihilfeberechtigt ist, und welche Aktivitäten hat die Bundesregierung ergriffen oder plant sie zu ergreifen, um einheitlich die Kostenübernahme sicherzustellen?
24. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist die Prüfung der Umsetzbarkeit einer Cluster-Erfassung in der Corona-Warn-App durch die Bundesregierung abgeschlossen, und bis wann wird eine solche Funktion bei erfolgreicher Prüfung in der App umgesetzt?
25. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen gesetzgeberischen oder rechtlichen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Schreibens des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit an die gesetzliche Krankenversicherung, in dem er Sanktionen für den Fall ankündigt, dass diese gesetzeskonform ihren Versicherten zum 1. Januar 2021 eine elektronische Patientenakte anbieten, die insbesondere über kein feingranulares Rechtmanagement verfügen?
26. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung sichergestellt, dass bei der Entwicklung des E-Rezept-Fachdienstes Interessenkonflikte offengelegt und unabhängig bewertet werden, um Nachteile im Wettbewerb für Präsenzapotheken auszuschließen, da eine Tochter der Zur Rose-Gruppe den Zuschlag zur Mitgestaltung des Fachdienstes erhalten hat (www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2020/11/18/der-albtraum-aller-vo-r-ort-apotheken)?

27. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Modelleinrichtungen ist die modellhafte Umsetzung der Anforderungen vorgesehen, die im Rahmen der Einführung eines Personalbemessungsinstruments in stationären Pflegeeinrichtungen (§ 113c SGB XI) durch das Mehrpersonal an die Einrichtungsstrukturen gestellt werden, und nach welchen Kriterien werden diese Modelleinrichtungen bestimmt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

28. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Linien von DB Fernverkehr werden zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 eingestellt oder in ihrem Angebot geschwächt (z. B. weniger angebotene Fahrten)?
29. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung entsprechend der mir vorliegenden Informationen – im Gegensatz zu der in der Antwort auf die Schriftlichen Fragen zur Standardisierten Bewertung (Bundestagsdrucksache 19/23454) von ihr getätigten Aussage – keine Neuauflage der Standardisierten Bewertung, und welche Gründe gibt es, keine vollständige Neuauflage der Standardisierten Bewertung anzustreben?
30. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie lautet die systematische Erstbewertung der Reaktivierungsvorschläge durch die DB Netz AG und das priorisierte Portfolio, das laut Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 19/24290) zu potentiellen Reaktivierungsmaßnahmen im deutschen Schienennetz bereits vorliegt?
31. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- In wie vielen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung bei Kontrollen durch das Bundesamt für Güterverkehr und der Bundespolizei in den Jahren 2019 und 2020 durch ausländische Lkw-Fahrerinnen und Lkw-Fahrer ein Formblatt vorgelegt, mit dem die Fahrerinnen und Fahrer bescheinigten, dass sie freiwillig auf ein Rückkehrrecht in die Heimat nach drei Wochen auf Tour verzichten würden, und wie plant die Bundesregierung die Einhaltung des Rückkehrrechts für ausländische Lkw-Fahrer zum Wohle der Fahrerinnen und Fahrer sicherzustellen (bitte aufgelistet nach Fällen pro Monat) (Tagesspiegel Background, „Amazon-Fahrer 25 Wochen am Stück auf Tour“ vom 17. November 2020)?

32. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist das Vorhandensein von Lkw-Abbiegeassistenzsystemen in den durch die Bundesregierung geförderten neu angeschafften Lkw (www.arte.tv/de/afp/neuigkeiten/neue-milliardenhilfen-fuer-um-bau-der-autobranche-sorgen-fuer-gemischte-reaktionen) Fördervoraussetzung, und wenn nein, warum nicht?
33. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was beinhaltet der „Aktionsplan ÖPNV“ konkret (bitte Auflistung mit Maßnahmen und jeweiligen Finanzmitteln), den der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann in der 92. Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur am 18. November 2020 erwähnte, und nach welchem genauen Zeitplan soll dieser „Aktionsplan ÖPNV“ umgesetzt werden?
34. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele öffentliche Fördermittel hat welcher Anbieter für die Errichtung von öffentlichen Schnellladesäulen für Elektroautos bisher erhalten?
35. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Plant die Bundesregierung für das Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft angesichts eingegangener Bewerbungen (z. B. der Stadt Karlsruhe) die Standortfestlegung für die Zentrale des Zentrums in einem transparenten Standortwettbewerb auszuschreiben, und wenn nein, welche Standortkriterien sind nach Ansicht der Bundesregierung ausschlaggebend im Vergleich zwischen München und Karlsruhe?
36. Abgeordneter
Andreas Wagner
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet und welche Strategien (bitte einzelne Maßnahmen/Programme konkret benennen und Ausgaben aus dem Haushalt auflisten) ergreift die Bundesregierung dagegen, dass der Anteil der Menschen, die im Radverkehr sterben und die über 65 Jahre alt sind, mit 58,6 Prozent (errechnet nach „Tödliche Radunfälle: Oft trifft es Senioren“, statista.de, 20. August 2020) einen proportional massiv höheren Anteil hat, zumal ihr nach Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes der Schutz menschlichen Lebens obliegt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

37. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Studie der EU-Kommission bezüglich neuer Euro-7-Abgasgrenzwerte, und haben sich die betroffenen Ressorts der Bundesregierung auf eine gemeinsame Linie im Hinblick auf eine neue Euro-7-Abgasnorm geeinigt (www.electrive.net/2020/11/16/wie-streng-wird-die-euro-7-abgasnorm/)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

38. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lauten die Vereinbarungen, die jeweils mit den Unternehmen, welche im Rahmen des „Sonderprogramms zur Beschleunigung von Forschung und Entwicklung dringend benötigter Impfstoffe gegen SARS-CoV-2“ vom 18. Juni 2020 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert werden, hinsichtlich der Access Policies, insbesondere der nationalen bzw. internationalen Zugänglichmachung sowie der Preisgestaltung (www.bmbf.de/forderungen/bekanntmachung-3035.html) getroffen wurden, und wie groß sind nach derzeitigem Stand jeweils die öffentlichen und privaten Anteile an den Gesamtkosten der jeweiligen Impfstoffprogramme der drei geförderten Unternehmen?
39. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass der ITER-Beschluss erst im Jahr 2021 endgültig vom Wettbewerbsrat für Forschung verabschiedet werden soll (vgl. Antwort auf meine Mündliche Frage 53 auf dem Plenarprotokoll 19/191), und wie wird sich nach Kenntnis der Bundesregierung diese Verzögerung auf die planmäßige Übermittlung des finanziellen Euratom-Beitrags zum gemeinsamen Unternehmen auswirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

40. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen hat der Beschluss der EU-Kommission, Mauritius zu den Drittländern mit hohem Geldwäsche-Risiko zu zählen (www.zoll.de/DE/FIU/Fachliche-Informationen/Dritllaender/dritllaender_node.html), nach Informationen der Bundesregierung für die Zukunft der zumindest 39 Beteiligungen, die die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG in Mauritius hält (vgl. DEG-Jahresabschluss 2019, S. 45-53), und gibt es Überlegungen der Bundesregierung, Finanzierungen über Offshore-Finanzplätze (Offshore financial centres – OFCs) durch Mitglieder der KfW-Bankengruppe, zu denen auch die DEG zählt, zukünftig stärker einzuschränken oder ganz zu verbieten und damit einen Beitrag zur Bekämpfung von Geldwäsche zu leisten?
41. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Ressorts ist der „4-Punkte-Plan – Sahel-Initiative Entwicklungspolitik als zentraler Baustein zur Stabilisierung des Sahel“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) abgestimmt (bitte nach Ressorts und Zeitpunkt der Abstimmung auflisten), und was ist nach Kenntnis der Bundesregierung die genaue Aufgabenteilung zwischen der europäischen Polizeimission EUCAP Sahel Niger und der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex (https://frontex.europa.eu/assets/Key_Documents/Annual_report/2018/CAAR_2018_DE.pdf)?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des
Bundeskanzleramtes**

42. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie hoch waren die Kosten für Produktion, Ausspielung und mögliche Bewerbung der im Auftrag der Bundesregierung erstellten Videos „Besondere Helden“, und welche Vertreter der Bundesregierung waren bei der Konzeption, Ausschreibung, Beauftragung und Produktion aktiv involviert (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitec/besonderhelden-seibert-verteidigt-regierungswerbung-17055345.html)?

43. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei der Vorbereitung ihrer Beratungen mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Bundesländer (MPK) am 28. Oktober 2020, 16. November 2020 sowie 25. November 2020 hinsichtlich der Maßnahmen zur Beschränkung bzw. dem Verbot von Sportveranstaltungen und der Ausübung von sportlichen Aktivitäten sportfachlichen Rat aus dem Sportausschuss des Deutschen Bundestages, von dem für Sport zuständigen Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie von den Sportverbänden (siehe u. a. Schreiben des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) an die MPK vom 9. November 2020, Positionspapier der Deutschen Sportjugend „Vier-Stufen-Plan für den Kinder- und Jugendsport während der Corona-Pandemie“ vom 18. November 2020 sowie Positionspapier des Freiburger Kreises zum Lockdown des Breitensports vom 18. November 2020) eingeholt, und plant die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zeitnah ähnlich wie die Durchführung von „Auto-Gipfeln“ auch einen „Sport-Gipfel“ einzuberufen (wenn nein, bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

44. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung den Kabinettsbeschluss über den Entwurf eines Gesetzes zur Deckelung der Abschlussprovision von Lebensversicherungen und von Restschuldversicherungen, und geht sie davon aus, dass das entsprechende Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann vor dem Hintergrund, dass bereits mehr als eineinhalb Jahre seit Beginn der Ressortabstimmung vergangen sind (Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 19 bis 22 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/18516)?

45. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen genauen Zeitpunkten hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) gemäß § 19 des Grundsteuergesetzes jeweils den örtlich zuständigen Finanzämtern innerhalb von drei Monaten die Aufgabe der militärischen Nutzung und damit den Wegfall des Grundes für die Grundsteuerbefreiung der folgenden Liegenschaften angezeigt: Umnutzung der Militäranlagen in Stavenhagen, Schließung des militärischen Teils des Flugplatzes Neubrandenburg-Trollenhagen, Schließung des Bundeswehr-Dienstleistungszentrums in Flensburg, Auflösung der Rantzau-Kaserne in Boostedt und die Schließung der Militärliegenschaften in Eggesin-Karpin?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

46. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Wer trifft nach Kenntnis der Bundesregierung die Entscheidung darüber, ob eine Bewegung ein Fall für den Verfassungsschutz sei, da die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht gegenüber der „Zeit“ (www.zeit.de/politik/deutschland/2020-11/christine-lambrecht-bundesjustizministerin-querdenken-polizeiaktion?utm_referrer=https://www.google.li/) nach meiner Ansicht widersprüchlich sagte, die Einordnung, ob die Initiative „Querdenken“ (<https://querdenken-711.de/>) zu einem Fall des Verfassungsschutzes werde, müssten zwar die Verfassungsschutzämter treffen, jedoch erklärte sie weiterhin, einige Botschaften der Bewegung wären u. a. „rechtsextrem“ und entsprächen nicht der Verfassungsordnung?
47. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche konkreten weiteren Anhaltspunkte bestehen nach Ansicht der Bundesregierung für die angebliche Verfassungsfeindlichkeit von Teilen der Querdenker-Bewegung vor dem Hintergrund, dass laut einem Medienbericht die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht Teile der Querdenker-Bewegung Verfassungsfeindlichkeit vorgeworfen hat, da bei der am 18. November 2020 in Berlin abgehaltenen Demonstration gegen die Reform des Infektionsschutzgesetzes sich ein Demonstrationsteilnehmer die Parole „Berlin muss brennen“ zu eigen gemacht haben soll (www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-lambrecht-querdenker-100.html)?

48. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung zum Ende des zweiten Quartals 2020 (ersatzweise bitte die aktuellsten verfügbaren Daten für Zeitpunkte nach dem 31. Dezember 2019 nennen) sowie zum 31. Dezember 2019 jeweils die absolute Zahl und der Anteil der Wohngeldbeziehendenhaushalte, bei denen der Haupteinkommensbezieher oder die Haupteinkommensbezieherin selbstständig, ArbeitnehmerIn oder BeamtIn, arbeitslos, RentnerIn oder PensionärIn, StudentIn oder Auszubildende/-r sowie eine Person mit sonstiger sozialer Stellung war, und wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den beiden genannten Zeiträumen diese absoluten Zahlen und Anteile bei Haushalten mit einer Person?
49. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von der Einreise des iranischen Richters Hassan Tardast in die Bundesrepublik Deutschland (bei bestätigtem Aufenthalt bitte unter Angabe der visumerteilenden Stelle sowie Darstellung des angegebenen Aufenthaltszweckes), und welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus der erneuten Ausstellung eine Visums für einen iranischen Richter, dem schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden (www.welt.de/politik/deutschland/article209326967/Exil-Iraner-empuert-Deutschland-ist-heimlicher-Behandlungsort-fuer-Todesrichter-der-Mullahs.html)?
50. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf der Novelle des Baugesetzbuches (BauGB) noch nicht im Deutschen Bundestag eingebracht, obwohl es laut Presseberichten im Bundeskabinett Anfang November 2020 bereits inklusive einer darin enthaltenen Erschwerung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gebilligt wurde (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/immobilien-koalition-will-umwandlung-von-miet-in-eigentumswohnungen-erschweren/26588780.html?ticket=ST-674704-5bLi6cD3ryjlnkX9oo4-ap5), und ist einer der Gründe, dass der zuständige Bundesminister Horst Seehofer aus der eigenen CDU/CSU-Fraktion und von Immobilienverbänden wegen des sogenannten Umwandlungsverbots von Miet- in Eigentumswohnungen trotz des Kabinettschlusses weiterhin massiv unter Druck steht (siehe dazu zum Beispiel in der Oldenburger Zeitung – www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/unionspolitiker-rebellieren-gegen-seehofers-umwandlungsgesetz-53576.html)?

51. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird sich die Bundesregierung gegenüber der angekündigten Klage des Berliner Innensensors Andreas Geisel (SPD) gegen den Bundesinnenminister Horst Seehofer verhalten (siehe www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.1018899.php), unter welchen Voraussetzungen das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) im beklagten Fall die Aufnahme von „300 besonders vulnerablen“ Geflüchteten aus den Lagern in Griechenland seit Juli dieses Jahres verweigern darf (www.spiegel.de/politik/deutschland/berlin-senat-will-wegen-verweigerter-aufnahme-von-fluechtlingen-klage-gegen-innenministerium-einreichen-a-eeb40877-eb48-4b14-a7f2-8f77104076a4), und welche anderen Möglichkeiten jenseits einer gerichtlichen Klärung sieht die Bundesregierung, um für Geflüchtete auf den griechischen Inseln eine Lösung herbeizuführen?
52. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Corona-Infektionsentwicklung im Bereich des Sports (bitte differenziert angeben für den Bereich des Spitzensports, des Profisports als auch des Breitensports, Schulsports, Rehasports sowie der Nutzung von Fitnessstudios und anderen Sporteinrichtungen), und worauf beruhen diese Kenntnisse?
53. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Enthielt die Mitteilung des Bundeskriminalamtes an das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern im Juli 2017 über das rechte Nordkreuz-Netzwerk (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 2b der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/17340) auch die Information, dass es im Nordkreuz-Chat einen Nutzer namens „baltic shooter“ gab?
54. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Enthielt diese Mitteilung auch die Information, dass Mitglieder des Chats bei „baltic shooter“ und dessen Inhaber F. T. Munition bezogen haben?
55. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung, die am 1. Oktober 2020 angekündigte Gesetzesänderung zugunsten von Nachkommen von NS-Verfolgten (www.zeit.de/politik/deutschland/2020-10/einbuengerungsverfolgte-nationalsozialismus-nachkommen-gesetzsaenderung) im Kabinett zu beschließen, und bis wann ist nach den Planungen der Bundesregierung der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens für die betreffende Änderung anvisiert?

56. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie vielen Imamen ist nach Kenntnis der Bundesregierung nach dem sogenannten Diyanet-Verfahren ein Visum seit dem Jahr 2018 bis dato für welche Aufenthaltsdauer erteilt worden (vgl. Bundestagsdrucksache 19/1869, Frage 7) (bitte entsprechend der Jahre auflisten; für das Jahr 2020 bitte die vorläufigen Zahlen einbeziehen), und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Diyanet-Imame derzeit in Moscheegemeinden (DITIB, IGMG) beschäftigt sind?
57. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Grundlage erfolgte die briefliche Beratung des Justizars der CDU/CSU-Fraktion durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Prof. Dr. Günter Krings zum Thema Parteienrecht/Durchführung von Parteitag (vgl. Online-Berichterstattung in „Der Spiegel“, www.spiegel.de/politik/deutschland/innenministerium-warnt-cdu-vor-problemen-bei-digital-parteitag-a-686d3581-50b3-4e22-a9e7-badf78da9a96), und steht das entsprechende Beratungsangebot zu Fragen des Parteienrechts auch anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages bzw. Parteien offen?
58. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs C-238/19 zur Erteilung des Flüchtlingsstatus für syrische Kriegsdienstverweigerer (<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-11/cp200142de.pdf>), und wird sie die syrischen Kriegsdienstverweigerer, deren Klagen auf Erteilung eines Flüchtlingsstatus noch anhängig sind, klaglos stellen?

59. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 19. November 2020 (C-238/19) noch nicht rechtskräftige bzw. auch bereits rechtskräftig gewordene Ablehnungsbescheide nach Maßgabe der Urteilsgründe überprüfen und gegebenenfalls aufheben, in denen das BAMF einen Flüchtlingsstatus an Wehrdienstverweigerer mit nach dem EU-Recht unvereinbarer Begründung verweigert haben könnte – auch zur Entlastung der Verwaltungsgerichte und damit die Betroffenen mit subsidiärem Schutzstatus schnell ihre Familienangehörigen nachholen können – (bitte ausführen und dabei berücksichtigen, dass nach dem genannten Urteil, Randnummern 54 ff., die Asylbehörde verpflichtet ist, zu prüfen, ob eine Verknüpfung zwischen Strafverfolgung/Bestrafung und Verfolgungsgründen besteht, was nach meiner Einschätzung dem sonst üblichen Grundsatz der Glaubhaftmachung durch die Antragstellenden widerspricht), und welche Einschätzungen gibt es im BAMF dazu, wie groß in etwa die Zahl der Personen ist, für die das genannte Urteil des Europäischen Gerichtshofs von Relevanz ist (diesbezüglich genügt eine ungefähre Einschätzung)?
60. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund erneuter aktueller Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen und illegale push backs an der kroatisch-bosnischen Grenze (www.nds-fluerat.org/47102/aktuelles/neue-recherchen-zur-gewalt-der-kroatischen-grenzpolizei/; vgl. z. B. auch: Süddeutsche Zeitung vom 27. Oktober 2020: „Grauenerregende Zeugenaussagen“) im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft solche schwerwiegenden Verstöße gegen Asyl- und Menschenrechte an den EU-Außengrenzen zum Thema machen (bitte ausführen), und inwieweit hält die Bundesregierung vor diesem Hintergrund den Vorschlag der EU-Kommission zu einem Überwachungsmechanismus an den EU-Außengrenzen (Artikel 7 der vorgeschlagenen Screening-Verordnung, KOM(2020)612), der in nationaler Zuständigkeit verbleiben und nicht durch unabhängige Instanzen erfolgen soll, für ausreichend, da die maßgeblich verantwortlichen Mitgliedstaaten wie Kroatien, Griechenland, Ungarn usw. bis heute, trotz einer Vielzahl gut belegter Berichte, jegliche Rechtsverletzung an den EU-Außengrenzen offiziell geleugnet haben (z. B. DER SPIEGEL vom 19. November 2020: „Europa kritisiert Griechenlands Umgang mit Flüchtlingen scharf“; Neue Zürcher Zeitung vom

14. November 2020: „Die europäische Grenzschutzagentur gerät wegen Rückweisungen an der griechisch-türkischen Grenze in die Kritik“, sodass nach meiner Einschätzung nicht damit zu rechnen ist, dass ein Überwachungsmechanismus in Zuständigkeit der Mitgliedstaaten effektiv und wirksam sein wird in Bezug auf die künftige Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen und illegalen push backs an den EU-Außengrenzen (bitte begründen)?

61. Abgeordneter
Uwe Kamann
(fraktionslos)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Lage für kleinere Parteien, die nicht bereits im Deutschen Bundestag oder Länderparlamenten vertreten sind, im Hinblick auf die Zulassung zur Bundestagswahl unter andauernden Corona-Pandemie-Bedingungen (www.swr.de/swr/aktuell/baden-wuerttemberg/wahlrecht-in-baden-wuerttemberg-unterschriften-wegen-corona-rechtswidrig-100.html)?
62. Abgeordneter
Uwe Kamann
(fraktionslos)
- Plant die Bundesregierung, gesetzliche Vorschriften aufgrund der Corona-Pandemie zur Erleichterung der Sammlung von Unterschriften oder weiteres für die Bundestagswahl, um kleinere Parteien, die nicht bereits im Deutschen Bundestag oder Länderparlamenten vertreten sind, nicht zu benachteiligen und die Chancengleichheit zu wahren?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

63. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- In wie vielen Staaten weltweit steht Blasphemie nach Kenntnis der Bundesregierung unter Strafe (bitte für die Jahre 2000, 2010 und 2020 angeben)?
64. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Haben Vertreter der Bundesregierung an Veranstaltungen der Stiftung SETA (www.setav.org/de/) in Deutschland oder im Ausland (bitte Staat bzw. Staaten nennen) teilgenommen (wenn ja, wann, wo und zu welchen Anlässen)?
65. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welche Bezeichnung verwendet die Bundesregierung oder bei differierenden Formulierungen jedes einzelne Bundesministerium für die Republik China in der amtlichen Korrespondenz mit der Volksrepublik China, mit Drittstaaten sowie mit der Republik China selbst?

66. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern stellt die Bundesregierung Unterstützung für politisch verfolgte Tansanierinnen und Tansanier zur Verfügung, und gedenkt sie, diese Unterstützung angesichts der aktuellen Eskalation zu erhöhen (www.africanews.com/2020/11/15/tanzanian-opposition-leader-tundu-lissu-back-in-exile-in-belgium/)?
67. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Ist mit einem „längeren Zeitraum“, über den ein Sprachinstitut nicht erreicht werden kann oder pandemiebedingt keine Sprachprüfungen angeboten werden, sodass von einer Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit eines Sprachnachweises auszugehen ist (so Staatsminister Niels Annen auf meine Mündliche Frage 78, Plenarprotokoll 19/191, S. 24183), ein Zeitraum von sechs Monaten gemeint, was die Ausführungen des Staatsministers zur Unzumutbarkeit der Sprachlernbedingungen nahezulegen scheinen (ebd., bitte ausführen), und ist die benannte Antwort des Staatsministers so zu verstehen, dass nach diesem „längeren Zeitraum“ von der Vorlage eines Sprachnachweises im Wege der Härtefallregelung generell abgesehen wird (bitte ausführen)?
68. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen saudi-arabischen Akteuren haben welche Mitglieder oder Vertreter der Bundesregierung (Leitungsebene bzw. Botschafter) seit Beginn des gegenwärtigen G20-Vorsitzes Saudi-Arabiens im Dezember 2019 die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien thematisiert (bitte nach Datum auflisten), und wann wurden dabei die Fälle der inhaftierten Frauenrechtsaktivistinnen um Loujain Al-Hathloul (einschließlich Samar Badawi, Naseema al-Sada, Nouf Abdulaziz und Maya'a al-Zahrani) angesprochen (vgl. www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/saudi-arabia-womens-rights-campaigner-loujain-alhathloul-due-in-court/)?
69. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung die Entwicklungen der vergangenen Tage um die Amtsenthebung des peruanischen Präsidenten Martín Vizcarra bzw. den daraus resultierenden Demonstrationen, denen Berichten zufolge teilweise mit exzessiver Gewalt begegnet wurde (www.dw.com/de/politische-krise-in-peru-spitzt-sich-zu/a-55609088), gegenüber ihren peruanischen Partnern thematisiert (und beispielsweise eine internationale Untersuchung der Geschehnisse gefordert), und inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, sich in diesem Zusammenhang fortlaufend für die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Menschenrechte in Peru einzusetzen?

70. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Erteilung eines Visums an den thailändischen König Maha Vajiralongkorn an bestimmte Kriterien zu knüpfen, damit sichergestellt ist, dass der König bei seinem Aufenthalt in Deutschland keinerlei Regierungs- und Amtsgeschäfte ausführt, zum Beispiel, dass der thailändische König für die Dauer seines Aufenthaltes in Deutschland gemäß Artikel 16 der thailändischen Verfassung (Artikel 16: „Wenn der König nicht im Lande anwesend ist oder aus sonstigem Grunde nicht in der Lage ist, sein Amt auszuüben, soll er einen oder mehrere Regenten, die ein Komitee bilden, ernennen. Für den Fall, dass der König einen Regenten ernennt, unterzeichnet der Präsident des Parlaments die königliche Anordnung“) einen Regenten für die Regierungsgeschäfte in Thailand bestellt, oder andere Kriterien?
71. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwieweit und mit welchen konkreten Initiativen beteiligt sich die Bundesregierung an einer friedlichen Lösung des Konflikts in Äthiopien und an dem Aufbau neuer Geflüchtetenlager wie bspw. das von der sudanesischen Regierung geplante in Um Tinetba im sudanesischen Bundesstaat Gedaref (www.monitor.co.ug/uganda/news/world/sudan-says-ethiopian-refugee-arrivals-reach-36-000-3203274)?
72. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung, um auf eine friedliche Lösung im wieder aufflammenden gewaltsamen Konflikt in der Westsahara (www.sueddeutsche.de/politik/westsahara-heisser-krieg-in-der-wueste-1.5118344) hinzuwirken, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Gewalteskalation für die Reformpartnerschaft mit dem Königreich Marokko?
73. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Kenntnisse hat die Bundesregierung von den illegalen Pushbacks an der kroatischen Grenze, bei denen nach Medienberichten offensichtlich Gewalt und folterähnliche Praktiken gegen Schutzsuchende angewendet wurden, ohne dass dies bisher Konsequenzen für den EU-Mitgliedstaat Kroatien gehabt hat (vgl. www.tagesschau.de/ausland/kroatien-pushback-grenze-gewalt-101.html), und inwieweit wurden nach Kenntnis der Bundesregierung auf EU-Ebene mögliche Konsequenzen, die sich aufgrund des menschen- und völkerrechtswidrigen Handelns Kroatiens ergeben könnten, diskutiert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

74. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren, in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/21683 noch nicht enthaltenen Genehmigungen hat die Bundesregierung für Technologie, die zur Verwendung oder zum Einbau in militärische Drohnen bzw. zur Herstellung derselben bestimmt oder geeignet ist (auch von Drohnenmunition) an die Türkei erteilt (bitte für die einzelnen Ausfuhrlistenpositionen bzw. deren Unternehmensnummern mit Anzahl der Genehmigungen und deren Wert in Euro darstellen), und wie stellt sich dies für die in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/20798 nicht enthaltenen Genehmigungen für die Lieferung von Bauteilen, Gefechtsköpfen bzw. Technologie der Panzerabwehrraketen LRAT und MRAT oder für die Entwicklung und Herstellung derselben dar?
75. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Für welche Rüstungsgüter wurden in den Jahren von 2004 bis 2010 Reexportgenehmigungen für Rüstungsgüter (Reexport, Sammelausfuhren) für das Endempfängerland Aserbaidschan erteilt (bitte entsprechend der Jahre mit Angabe der Güterbeschreibung und Wert auflisten; für das Jahr 2020 bitte die vorläufigen Zahlen zum aktuellsten Stichtag angeben) vor dem Hintergrund, dass die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), nunmehr Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), aufgrund des Konflikts in der Kaukasus-Region Nagorny-Karabach mit Beschluss vom 28. Februar 1992 alle Teilnehmerstaaten der damaligen KSZE ersucht hat, ein Embargo über alle Waffen- und Munitionslieferungen gegen die beiden Konfliktparteien Armenien und Aserbaidschan zu verhängen, und inwieweit wurden seit dem Jahr 2004 Exportgenehmigungen für militärische Lkw an Israel erteilt (bitte entsprechend der Jahre mit Angabe des Unternehmens/Herstellers und Typ/Modell) auflisten vor dem Hintergrund der Vorwürfe, dass die von Deutschland exportierten und inzwischen mit israelischen Mörsern für militärische Zwecke ausgerüsteten Mercedes-Lkws vom Modell Atego trotz des OSZE-Waffenembargos an das aserbaid-schanische Militär gelangt sind (<https://taz.de/Deutsche-Militaertrucks-in-Aserbaidschan/!5697312/>)?

76. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann hat die Bundesregierung erstmalig von den Plänen der Urenco, in das Konsortium zum Bau des britischen Atomkraftwerks Sizewell C einzusteigen, erfahren (bitte unter Angabe der genauen Gelegenheit und eines Datums, vgl. www.urenc o.com/news/global/urenc o-joins-sizewell-c-conso rtium), und welche Möglichkeiten stehen der Bundesregierung im Rahmen des Vertrags von Almelo zu, um sich dieser Entscheidung entgegenzustellen (wie z. B. ein Veto-Recht oder das Recht, dieses Thema im Gemeinsamen Ausschuss der Vertragsparteien aufzusetzen)?
77. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche einzelnen Kriterien legt nach Auffassung der Bundesregierung § 98 („Jährliches Monitoring zur Zielerreichung“) des Gesetzentwurfs zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für ein jährliches Monitoring fest?
78. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Inwiefern ist es nach Auffassung der Bundesregierung juristisch statthaft, das Prozedere eines jährlichen Monitorings nach § 98 EEG eigenmächtig zu ändern, indem statt eines Monitoringberichtes ein „externer Evaluierungsbericht“ vorgelegt wird?
79. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Fällen es bei den Ü20-PV-Anlagen bis 5 Kilowatt mit der vorgesehenen Smart-Meterpflicht durch die derzeit verhandelte EEG-Novelle dazu kommen wird, dass Bürgerinnen und Bürger finanzielle Verluste machen, und wie viele der Anlagen werden schätzungsweise deswegen abgeschaltet?
80. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form und ab wann können lokale Unternehmen und Transformationsregionen, die bereits Gesprächsbedarf beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie signalisiert haben (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage vom November 2020/Frage Nr. 148), ihre Bedürfnisse, Ideen und konkreten Vorschläge für die endgültige Ausgestaltung des Zulieferer-Bonusprogramms einbringen?
81. Abgeordnete
Britta Katharina Dassler
(FDP)
- Für welche Leitungen im Netzentwicklungsplan (NEP) Strom und in welcher Weise wurden Nutzen und Investitionskosten der Leitungen gegenübergestellt?

82. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wurde das BET-Gutachten „Ermittlung von Folgekosten des Braunkohletagebuchs bei einem gegenüber aktuellen Braunkohle- bzw. Revierplänen veränderten Abbau und Bestimmung der entsprechenden Rückstellungen“ vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie abgenommen und vollständig bezahlt?

